Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/207
30. 04. 87

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Mai 1987
am Donnerstag, dem 7. Mai 1987

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für möglich, daß es nicht gelingen könnte, das Verbot von Milchimitationsprodukten gemäß § 36 des Milchgesetzes und die Beibehaltung des § 4 der Fleischverordnung innerhalb der EG für die Bundesrepublik Deutschland wirksam zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

2. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in den Normen für den sozialen Wohnungsbau die Bedürfnisse von Kindern nicht einbezogen werden?

3. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung zur kindergerechten Änderung dieser Normen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordneter **Marschewski** (CDU/CSU)

Ist das am 22./23. Juli 1937 vom „Sondergericht" München gegen Pater Rupert Mayer SJ ergangene „Urteil" (sechs Monate Gefängnis wegen „heimtückischer Angriffe auf Partei und Staat" und „Kanzelmißbrauchs") nichtig oder sonstwie rechtlich irrelevant, und wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtsqualität u. a. dieses „Sondergerichtsurteils"?

5. Abgeordneter **Marschewski** (CDU/CSU)

Befindet sich z. Z. noch eine diesbezügliche Eintragung im Bundeszentralregister, und falls nicht, wann wurde sie gelöscht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

6. Abgeordneter **Dr. Solms** (FDP)

Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Bemühungen um die Förderung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand und in Kenntnis des Mißbrauchs von Insiderwissen an ausländischen Börsenplätzen die bestehende Insiderregelung in der Bundesrepublik Deutschland für ausreichend?

7. Abgeordneter **Dr. Solms** (FDP)

Wenn nicht, will sie die Beteiligten auffordern, auf freiwilliger Basis eine strikte Anwendung verbesserter Insiderregeln zu garantieren, oder zieht sie eine gesetzliche Regelung der Insiderproblematik vor?

8. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die laufenden Planungen der britischen bzw. amerikanischen Militärdienststellen im Raum Mönchengladbach/Kreis Viersen bzw. Kreis Kleve, wonach Aufgaben, soweit sie bislang von bundesdeutschen Zivilangestellten erledigt wurden, künftig von Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte erledigt werden sollen, unter dem Gesichtspunkt des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages von London vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und den Zusatzvereinbarungen von August 1959 und 1961 sowie speziell auch des Artikels IX Abs. 4 Satz 1 des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (BGBl. 1961 II S. 1205), also des Grundsatzes, daß der Bedarf der Stationierungsstreitkräfte an zivilen Arbeitskräften über die bundesdeutschen Arbeitsämter zu decken ist?

9. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Hat die Bundesregierung die genannten Planungen der Briten und Amerikaner – Verlagerung von Tätigkeiten auf private Unternehmen und Angehörige der Streitkräfte – unter dem Gesichtspunkt der Rechtsmäßigkeit gemäß dem in Frage 8 angesprochenen Abkommen geprüft, und zu welcher Bewertung der Ausfüllung des Vertrages durch die Streitkräfte kommt die Bundesregierung?

10. Abgeordneter **Dr. Mertens (Bottrop)** (SPD)

Hält die Bundesregierung den Anstieg der Neuverschuldung des Bundes von anvisierten 22,3 Milliarden DM in diesem Jahr auf 28 Milliarden DM im Jahr 1988 und 33 Milliarden DM im Jahre 1990 für einen „vorübergehenden, begrenzten Anstieg der Neuverschuldung"?

11. Abgeordneter **Scherrer** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in den angekündigten Beträgen für die Neuverschuldung des Bundes 1988 und 1990 die in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehene Erhöhung von speziellen Verbrauchsteuern zur Abdeckung höherer Finanzierungsbeiträge an die EG in Höhe von 2 Milliarden DM pro Jahr ab 1988 enthalten ist?

12. Abgeordneter **Scherrer** (SPD)

Welche Konsequenzen sind für die Neuverschuldung des Bundes im Bundeshaushalt 1987 dadurch zu erwarten, daß jetzt schon feststeht, daß die Mittel für die Kokskohlenbeihilfe nicht ausreichen, das AIDS-Sonderprogramm noch zu finanzieren ist und auf Grund konjunktureller Entwicklung Steuerausfälle auch schon für 1987 zu erwarten sind?

13. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mit den angekündigten Eckdaten für die Neuverschuldung des Bundes 1988 und 1990 alle jetzt schon bekannten Milliarden-Belastungen be-

rücksichtigt sind, wie z. B. höhere Kokskohlenbeihilfen auf Grund des niedrigeren Dollar-Kurses, Airbus-Finanzierung, Anstieg der Zinsausgaben auf Grund höherer Neuverschuldung, Abdeckung der Kosten für das Babyjahr der Trümmerfrauen, neue Forschungs- und Verteidigungsvorhaben?

14. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei der Erhöhung der Neuverschuldung für den Bund 1988 und 1990 und gleichzeitig niedrigeren Ausgabesteigerungen als bisher vorgesehen zusätzliche Entlastungen für den Bundeshaushalt dadurch zustande kommen, daß vorgesehen ist, eine Reihe von Bundesausgaben auf die Bundesanstalt für Arbeit zu übertragen?

15. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Bedeutet die Streckung des Subventionsabbaus ab 1990 auf mehrere Jahre, daß für die entstehende Finanzierungslücke des „19 Milliarden DM-Umstrukturierungsteils" des Steuerpakets 1990 die Mehrwertsteuer erhöht werden muß?

16. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer Länder und Gemeinden zur Finanzierung ihres Anteils am „19 Milliarden DM-Umstrukturierungsteil" des Steuerpakets 1990 erheblich stärkere Finanzierungsprobleme zu erwarten haben, als der Bund und die Gemeinden darüber hinaus die erhöhte Mehrwertsteuer bei ihren Ausgaben zusätzlich bezahlen müssen?

17. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mit der Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes 1988 auf 28 Milliarden DM und 1990 auf 33 Milliarden DM neben der vorgezogenen Steuerentlastung 1988 und der Steuerentlastung 1990 auch die zu erwartenden Steuerausfälle auf Grund der konjunkturellen Entwicklung in diesen Jahren abgedeckt sind?

18. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Welche Steuerausfälle sind für Länder und Gemeinden auf Grund der konjunkturellen Entwicklung 1988 und 1990 zu erwarten, die der Bund in seinen Eckdaten zur Neuverschuldung dieser Jahre schon berücksichtigt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Ist die Bundesregierung angesichts der außergewöhnlichen politischen Bedeutung bereit, öffentlich oder wenigstens im Auswärtigen Ausschuß ausführlich darüber zu berichten, welche Waffenlieferungen in den letzten Jahren an Saudi-Arabien und andere arabische Staaten genehmigt wurden, die sich im Kriegszustand mit Israel befinden?

20. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Hält die Bundesregierung Waffenlieferungen an kriegführende Länder angesichts des klaren Wortlautes des Kriegswaffenkontrollgesetzes für rechtlich zulässig, und an welchen Grundsätzen orientiert sich die Bundesregierung bei Genehmigung oder Ablehnung von Waffenlieferungen an Saudi-Arabien?

21. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunftschancen der deutschen Blei- und Zinkproduktion, nachdem über 800 weitere Arbeitsplätze durch die Schließung der beiden Bergwerke im Harz in dieser Woche verlorengegangen sind und damit 85 v. H. der deutschen Bleierzförderung, 53 v. H. der Zinkerzförderung und die gesamte Silbererzförderung ausfällt?

22. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der deutschen NE-Metallindustrie bei der Anpassung an die veränderte Marktsituation zu helfen, sei es durch internationale, durch EG- oder durch nationale Lösungen oder Maßnahmen?

23. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen bzw. was wird sie noch unternehmen, um die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung und des Konkursverwalters der Maxhütte zu unterstützen, mit einer Auffanggesellschaft den Stahlstandort Sulzbach—Rosenberg—Maxhütte zu erhalten?

24. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird die Bundesregierung insbesondere die Kreditanstalt für Wiederaufbau veranlassen, sich an der Auffanggesellschaft zu beteiligen bzw. sich bei der Finanzierung eines neuen Strukturkonzeptes zu engagieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

25. Abgeordneter **Neumann (Bremen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Tendenzen, wie sie z. B. in Bremen-Vegesack zum Ausdruck kommen, daß auf Vermittlung des Bremer Senats ein Denkmal aufgestellt wurde mit der Aufschrift: „Dem unbekannten Desserteur – Reservisten verweigern sich", das einen Bundeswehr-Stahlhelm darstellt und vom Senat finanziell gefördert wurde?

26. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Verstößt es gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, daß junge männliche Deutsche, die, wie z. B. Boris Becker, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, nach geltendem Recht nicht zum Wehrdienst herangezogen werden können, und wird die Bundesregierung eine Initiative zu einer entsprechenden Änderung des Wehrpflichtgesetzes ergreifen?

27. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Hält die Bundesregierung für weiterhin vertretbar, daß im Zusammenhang mit langjähriger Verpflichtung als Sanitätsoffizier nur Männer das Stipendium zum Studium der Heilberufe erhalten?

28. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Welche Gründe sind für die Entscheidung maßgeblich, auf dem bundeseigenen Gelände in Sachsenheim (Kreis Ludwigsburg), im Ballungsgebiet „Mittlerer Neckar", ein NATO-POMSS-Depot zu errichten, und kann die Bundesregierung zusichern, daß eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, die auch die Frage alternativer Standorte einschließt?

29. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Welche Gegenstände sollen in dem geplanten NATO-Depot gelagert werden, und kann die Bundesregierung die Lagerung von Waffen und Munition definitiv ausschließen?

30. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Welche konkreten Untersuchungen über die Entwicklung weniger Lärm verursachender Triebwerke bei Militärflugzeugen sind von der Bundesregierung veranlaßt worden, und wie ist der aktuelle Sachstand?

31. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Ist Tiefflug und der damit verbundene Lärm angesichts neuerer technischer Entwicklungen wie des MRCA-Tornado ECR und der Einführung des sogenannten „look down – shoot down" Radars beim Warschauer Pakt überhaupt noch notwendig bzw. sinnvoll?

32. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

An wie vielen Orten der Bundesrepublik Deutschland, die unter militärischem Fluglärm besonders zu leiden haben, hat die Bundesregierung Langzeitmessungen über die Entwicklung des Fluglärms durchführen lassen, und seit wann sind wie viele Sky-Guard-Meßstationen im Einsatz?

33. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Wie hoch sind die Kosten eines solchen Gerätes, und warum hat die Bundesregierung nicht andere Geräte zusätzlich eingesetzt, die ebenso präzise Daten über Luftlärm wetterunabhängig und über einen beliebig langen Zeitraum erfassen und aufzeichnen, aber nur einen Bruchteil der Sky-Guard-Kosten verursachen (wie sie beispielsweise von der Universität Kaiserslautern entwickelt wurden)?

34. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, fluglärmgeschädigten Fremdenverkehrsregionen, wie z. B. der Südpfalz, Entschädigungen zu zahlen, wenn z. B. an einem Frühlingstag von morgens 7.30 Uhr bis abends 22.30 Uhr und auch zwischen 12.30 Uhr und 14.00 Uhr Tiefflug geübt wird und teilweise mehr als 20 Flugbewegungen pro Stunde zu verzeichnen sind?

35. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den Alliierten mit dem Ziel nachzuverhandeln, das unfaire Verhältnis von ca. 60 000 Flugstunden der Alliierten in der Bundesrepublik Deutschland zu 17 000 Flugstunden der Bundeswehr außerhalb der Bundesrepublik Deutschland dahin gehend zu ändern, daß die Alliierten einen beträchtlichen Teil ihrer Tiefflugübungen in ihre eigenen Länder verlegen?

36. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Warum suchen NATO und Bundesregierung nicht nach einer Sicherheitskonzeption, die die Tiefflugübungen und damit die ungeheuer schwere Belastung unserer Bevölkerung unnötig macht?

37. Abgeordneter **Diller** (SPD)

Welchen Gefährdungen sind die Piloten der übenden Maschinen und die Bevölkerung im Übungsbereich der elektronischen Kampfsimulationsanlagen AEWTF in Rheinland-Pfalz durch die einzelnen Übungsprogramme ausgesetzt?

38. Abgeordneter **Diller** (SPD)

Wie hoch belaufen sich nach Schätzungen von Fachleuten die durch Fluglärm verursachten jährlichen wirtschaftlichen Schäden für das rheinland-pfälzische Fremdenverkehrsgewerbe?

39. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf ein Verbot jeglicher Luftkampfübungen von Flugzeugen der Bundesluftwaffe und der alliierten Luftstreitkräfte über bewohntem Gebiet hinzuwirken?

40. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Hat die Bundesregierung erwogen, durch eine generelle Heraufsetzung der Mindestflughöhe für den militärischen Flugbetrieb außerhalb von Übungen auf dreihundert Meter die Lärmbelästigung durch militärischen Tiefflug für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen der Bundesrepublik Deutschland herabzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

41. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß der aus Mitteln des Bundesjugendplans geförderte Studentenverband der Vertriebenenverbände, „Gesamtdeutscher Studentenverband" (GDS), im letzten Jahr zu einem Seminar den englischen

Rechtsextremisten Michael Walker als Referenten einlud, der nach dem Bericht der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments über „Faschismus und Rassismus in Europa" eng liiert ist mit dem wegen versuchten Mordes gesuchten italienischen Rechtsterroristen Roberto Fiore?

42. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts solcher Verbindungen und der ihr bekannten Verwendung der Bundesjugendplangelder durch den Gesamtdeutschen Studentenverband für dessen Seminare bereit, die finanzielle Förderung dieses Verbandes einzustellen?

43. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Warum beansprucht Frau Bundesministerin Dr. Süssmuth nicht die Federführung für das Thema Fluglärm, das nach aller Erfahrung der Bevölkerung kein militärisches, sondern ein gesundheitliches Problem darstellt?

44. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Trifft es zu, daß bei Einrichtungen, die langjährige anerkannte Beschäftigungsstellen des Zivildienstes sind, die Anerkennung als Zivildienststelle aberkannt oder vorübergehend gesperrt wird, weil dort Treffen von Zivildienstleistenden bzw. deren Selbstorganisationen stattfinden?

45. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie viele Einrichtungen sind mit dieser oder einer ähnlichen Begründung von solchen Maßnahmen betroffen?

46. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anerkennung von Einrichtungen als Beschäftigungsstellen des Zivildienstes zu widerrufen, wenn diese Einrichtungen im Rahmen ihrer Aufgaben als Kommunikationszentrum auch der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" Räume zur Verfügung stellen, die dort beschäftigten Zivildienstleistenden aber weder an der inhaltlichen noch an der organisatorischen Vorbereitung beteiligt sind?

47. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, auf Grund welcher Rechtsgrundlage das Bundesamt für den Zivildienst anerkannte Beschäftigungsstellen des Zivildienstes mit einer Zuweisungssperre belegt?

48. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie des Humangenetischen Instituts der FU Berlin, in der dieses in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt auf der Grundlage der vorgeburtlichen – Trisomie 21 – Untersuchungen aus allen 40 humangenetischen Instituten und Beratungsstellen der Bundesrepublik Deutschland zu dem Ergebnis kam, daß „relativ viele Chromosomen-Anomalien bei Untersuchungen im August,

vier Monate nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl, auftraten, und die genaue Analyse zusätzlich ergab, daß bei einigen der Zeitpunkt der Befruchtung recht genau mit der stärksten Strahlenbelastung zusammenfällt; sie fanden sich zudem gehäuft im süddeutschen Raum, der auch besonders strahlenexponiert war"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

49. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Beamte im Zugbegleitdienst der Deutschen Bundesbahn (DB) im vergangenen Jahr bis zu 155 Überstunden leisten mußten, ohne dafür die Möglichkeit zum Freizeitausgleich zu erhalten, und wird sie ihren Einfluß auf den Vorstand der DB geltend machen, um durch Neueinstellungen diesem Übelstand zu begegnen?

50. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Kann die Bundesregierung die gesamten bei der Deutschen Bundesbahn (DB) geleisteten Überstunden – aufgeschlüsselt nach Tätigkeitsbereichen – beziffern, und welche Konsequenzen sollte ihrer Meinung nach die DB hieraus ziehen?

51. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß Nachwuchskräfte zur Lokführerlaufbahn, die in Siegen und der näheren Umgebung wohnen, ihre Lokführerausbildung beim Betriebswerk Hagen absolvieren müssen, obwohl diese Ausbildung ohne zusätzliche Kosten für die Verwaltung wieder beim Betriebswerk Siegen durchgeführt werden könnte, und unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen um eine ortsnahe Ausbildung als Beitrag zur Auslastung der vorhandenen regionalen Ausbildungsplätze?

52. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die vielfach kritisierte Vernachlässigung des Betriebswerkes Siegen bei der Vergabe von Zugfahrleistungen mit der Folge, daß Lokführer von Siegen zur Abwicklung der Zugfahrleistungen nach Hagen, Dortmund, Köln usw. abgeordnet werden, und teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß bei dieser Vorgehensweise Arbeitsplätze beim Betriebswerk Siegen gefährdet werden?

53. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Welchen Grund gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung dafür, daß auf dem am 6. März 1987 gekenterten Fährschiff „Herald of Free Enterprise" sich neben den Passagieren u. a. auch fünf Lastkraftwagen aus der Bundesrepublik Deutschland befanden, beladen mit hochtoxischen Stoffen, wie z. B. weißer und roter Phosphor, technische Lösungsmittel, verschiedene Chloramine, Toluol?

54. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Mengen Giftmüll über welche deutschen Personenfähren transportiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

55. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist ungünstigstenfalls das radioaktive Inventar einer Wolke, die dem Atomkraftwerk Stade entweichen würde im Falle des Störfalls „Bruch der Frischdampf- oder Speisewasserleitung in Verbindung mit einem Leck im Dampferzeuger", ein Störfall, gegen den anderen Reaktoren mit Sicherheits-Schnellschlußarmaturen ausgerüstet bzw. nachgerüstet worden sind, und wird die Bundesregierung in Ausübung der atomrechtlichen Aufsicht der niedersächsischen Genehmigungsbehörde die Anweisung erteilen, Stade so lange zu stoppen, bis es in diesem für die Existenz Hamburgs zentralen Punkte auf den Stand der Technik nachgerüstet ist?

56. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mineralölindustrie ein Verfahren gefunden hat, mit dem das Blei im Benzin durch Natrium- oder Kaliverbindungen, die absolut ungiftig sein sollen, ersetzt werden kann?

57. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Wenn ja, hat die Bundesregierung bereits Überlegungen mit dem Ziel angestellt, das Benzinbleigesetz insoweit zu ändern, daß der Bleigehalt im Benzin verboten wird, bzw. ist die Bundesregierung bereit, umgehend in einem Versuch die Verträglichkeit dieses Benzingemisches – vor allem auf ältere Motoren – prüfen zu lassen?

58. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung auf Grund der Vorschrift des § 6 Atomgesetz, daß die Genehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen zu erteilen ist, wenn u. a. „keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit ... der für die Leitung und Beaufsichtigung der Aufbewahrung verantwortlichen Personen ergeben", bei einer Annahme von Bestechungsgeldern durch diesen Personenkreis deren Zuverlässigkeit für gegeben, und was unternimmt die Bundesregierung, um Verdachtsmomente in der aktuellen Situation gegen diesen Personenkreis auszuräumen?

59. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund von § 6 Atomgesetz den Einsatz von Bestechungsgeldern durch eine Firma, die mehr als 90 v. H. des Marktes besitzt und somit konkurrenzlos ist und das Rechnungsprüfern von NUKEM falsche Belege von mehreren Millionen DM nicht auffallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

60. Abgeordneter **Weiß (Kaiserslautern)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Bestrebungen des US-Verteidigungsministeriums und der US-Botschaft in Bonn bekannt, eine Änderung des Artikels 72 Abs. 1 Buchstabe a (1) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenvertrag zu erreichen, um an Stelle der beiden autorisierten, nämlich der „American Express International Banking Corporation" und der „Chase Manhattan Bank", andere amerikanische Banken zu etablieren?

61. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den USA erneut darüber nachgedacht wird, Neutronenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationiren?

62. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, alles Erdenkliche zu tun, um die Stationierung von Neutronenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland auch in militärischen Einrichtungen der Stationierungsstreitkräfte zu verhindern?

63. Abgeordnete **Frau Beer** (DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung die Kleine Anfrage 11/22 „Genfer Konferenz über das Verbot biologischer Waffen" vom 24. Februar 1987 bis heute nicht beantwortet, obwohl die Beantwortung der praktisch wortgleichen Anfrage 10/6744 vom 11. Dezember 1986 bereits für Ende Januar 1987 angekündigt und die Antwort auf die Anfrage 11/22 für Ende April 1987 zugesagt war?

64. Abgeordnete **Frau Vollmer** (DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung den Bau des Museums des „Holocaust Memorial Council" in Washington, und wenn ja, in welcher Höhe liegt diese Unterstützung?

65. Abgeordnete **Frau Vollmer** (DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung den „Holocaust Memorial Council" selbst, und wenn ja, in welcher Höhe liegt diese Unterstützung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

66. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wird im öffentlichen Dienst die Ausbildung zum/zur Reiseverkehrskaufmann/-kauffrau genauso wie die Verwaltungslehrgänge 1 und 2 akzeptiert, oder ist es für einen im Fremdenverkehr Tätigen Bedingung, im Falle einer Beförderung in höhere Tarifgruppen als BAT VII die Verwaltungslehrgänge zwingend nachzuholen?

67. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Bestehen Unterschiede bei der Eingruppierung vergleichbarer Tätigkeiten in den einzelnen Bundesländern (z. B. Verkehrsamtsleitung eines Ortes mit ca. 100 000 Übernachtungen, Geschäftsführer regionaler Fremdenverkehrsverbände, Leiter städtischer Fremdenverkehrsämter oder Kurverwaltungen), und wie kann gegebenenfalls eine gerechtere Eingruppierung der im Fremdenverkehr Tätigen erreicht werden?

68. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Hat die Bundesregierung – wie in der Fragestunde vom 16. Januar 1987 angekündigt – mittlerweile entscheidungsrelevante Kriterien festgelegt, nach denen Anträge des § 29 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes erledigt werden können?

69. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß eine Bundesverwaltung bei der Zuerkennung der Befähigung in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen gemäß § 36 der Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978, z. B. bei der Fachrichtung Wirtschaftsverwaltungsdienst, mehrere Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Bundestagsabgeordneten anerkannt hat, als ein entscheidungsrelevantes Kriterium, wonach nach § 29 Abs. 3 Satz 2 Bundesbesoldungsgesetz die Tätigkeit im Dienste von Abgeordneten des Deutschen Bundestages einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst gleichgestellt werden kann, wenn sie für die Einstellung ursächlich oder mitbestimmend war?

70. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung – gegebenenfalls unabhängig von den Bundestagsfraktionen der Koalitionsparteien –, einen eigenen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen, durch den das Staatsziel „Umweltschutz" im Grundgesetz verankert werden soll, und wann ist mit einer solchen Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu rechnen?

71. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Soll nach Auffassung der Bundesregierung ein etwaiges Staatsziel Umweltschutz durch einen Gesetzesvorbehalt oder durch eine anthropozentrische Einschränkung („natürliche Lebensgrundlagen des Menschen") eingeschränkt werden, und welche Gesichtspunkte sprechen nach Auffassung der Bundesregierung für ihre Haltung?

Bonn, den 30. April 1987



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333